

Rhein-Zeitung

Nr. 297

vom 22. Dezember 2011

Gemeindefusionen: Klöckner fordert größeres Zeitfenster

Gebietsreform CDU will auch über Kreisgrenzen reden

Von Jens Albes

■ **Rheinland-Pfalz.** Die rheinland-pfälzische CDU-Chefin Julia Klöckner will im Gegensatz zur Landesregierung schon jetzt über mögliche Änderungen bei den Kreisgrenzen reden und die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz neu ausrichten. „Ich fordere ein Moratorium: Die Freiwilligkeitsphase für Hochzeiten von Gemeinden sollte unbedingt verlängert werden, damit eine umfassende und logische Reform möglich ist. Außerdem gehören die Kreisgrenzen und die Landesbehörden bereits jetzt auf den Prüfstand“, erklärte sie. „Wir brauchen eine Reform aus einem Guss. Wir können nicht erst die Schuhe anziehen und dann die Socken!“

Die rot-grüne Landesregierung möchte die Kreisgrenzen erst nach 2014 unter die Lupe nehmen. Beim derzeit verhandelten Zusammenschluss von Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden setzt sie noch auf freiwillige Beschlüsse und spendiert dafür Hochzeitsprämien. Nach dem Juni 2012 sollen aber Zwangsfusionen möglich sein. Hintergrund sind der Bevölkerungsschwund, die digitale Revolution und der Sparkurs.

Die Landes-CDU setzt nach Klöckners Worten für die Reform eine eigene Sachverständigenkommission unter Leitung ihres neuen Generalsekretärs Patrick Schnieder ein. Das acht- bis zehn-

köpfige Gremium wird auch auf die Erfahrungen anderer Bundesländer mit Gebietsreformen zurückgreifen, hieß es. Das haben rund 80 christdemokratische Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte bei einem Treffen der CDU in Mainz beschlossen. „Wir bieten der Landesregierung die Zusammenarbeit an – für eine logisch sinnvolle Reform.“

Derzeit dürften Verbandsgemeinden nur dann über Kreisgrenzen hinweg fusionieren, wenn der abgebende Kreis einverstanden sei. „Aber kaum ein Landkreis wird freiwillig im Vorfeld Kommunen abgeben, wenn er anschließend eine Kreisreform und vielleicht seine Auflösung befürchten muss, weil er zu wenig Kommunen hat. Hier ist der Landesregierung ein Denkfehler unterlaufen.“ Die Grenzen der 24 Kreise müssten daher schon jetzt unter die Lupe genommen werden, forderte Klöckner.

„Viele Kommunalpolitiker, auch von der SPD, kommen auf mich zu und beschwerten sich über die falsch eingefädelte Kommunalreform der Landesregierung. So, wie sie jetzt läuft, ist die Reform vermurkst.“ Auf die Frage, bis wann die Freiwilligkeitsphase für kommunale Hochzeiten verlängert werden soll, antwortete die Chefin der Landes-CDU: „Ich will noch keine Jahreszahl nennen. Bei einer umfassenden Gebiets- und Verwaltungsreform geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“



„So, wie sie jetzt läuft, ist die Reform vermurkst.“

Julia Klöckner (CDU) wirft der Landesregierung Denkfehler vor.